

Europa

Europawahlprogramm der CDU/CSU – Bewertung durch die vbw

Position

Stand: April 2019

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Gutes Programm der (wirtschafts-)politischen Vernunft für Europa

Mit ihrem gemeinsamen Programm zur Europawahl formulieren CDU und CSU ein klares und optimistisches „Ja“ zu Europa. Die Vorstellungen zur Zukunft der EU decken sich weitgehend mit denen der vbw: Ausbau und eine Stärkung der EU dort, wo es sinnvoll und richtig ist, wie etwa bei der Außen-, Verteidigungs- und Flüchtlingspolitik. Betonung nationalstaatlicher Kompetenzen dort, wo die Dinge besser auf Ebene der Mitgliedstaaten erledigt werden können, etwa bei der Sozialpolitik. Besonders zu begrüßen sind zudem die Pläne zum Abbau der Bürokratie und zur Erhöhung der finanziellen Stabilität in der EU. Insgesamt verfolgt die Union ein ausgewogenes, gutes Programm der (wirtschafts-)politischen Vernunft für Europa. Ein Manko ist allerdings, dass die Union bei der Frage, wie sie ihre Ziele konkret erreichen will, häufig recht vage bleibt.

Bertram Brossardt
09. April 2019

Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	3
4	Den Binnenmarkt vollenden	5
5	Arbeit und Soziales	8
6	Energie und Klimapolitik	10
7	Steuerpolitik	11
8	Industrie stärken	12
9	Internationale Handelspolitik	14
10	Migration	15
11	Bildung	16
	Ansprechpartner / Impressum	19

1 Pro-Europäische Ausrichtung

CDU/CSU bekennen sich klar zu Europa

Die pro-europäische Ausrichtung der Unionsparteien ist aus ihrem gemeinsamen Europawahlprogramm klar erkennbar. Sie betonen die Errungenschaften der EU und heben die besondere Bedeutung der europäischen Einigung für positive Entwicklung der Bundesrepublik hervor. Die Christdemokraten wollen die europäische Idee gegen populistische und nationalistische Kräfte energisch verteidigen und setzen sich für ein handlungsfähiges, stabiles und bürgernahes Europa ein. Der wiederkehrende Gebrauch von „unserem Europa“ spiegelt ihr inklusives Europaverständnis wider.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Außen- und Sicherheitspolitik: ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat; Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik, Schaffung eines europäischen Sicherheitsrats, gemeinsame europäische Streitkräfte bis 2030, Ausbau der europäischen Armeeverbände im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), Förderung gemeinsamer Rüstungsbeschaffung mit Hilfe des Europäischen Verteidigungsfonds, Reduzierung unterschiedlicher Waffensysteme, Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten und neuer Technologien, Verlängerung der Russland-Sanktionen	Zustimmung nahezu zu allen Punkten, allerdings mit einer Ausnahme: Die Verlängerung der Russland-Sanktionen unterstützen wir nicht.

2 Schlanges Europa

Die Union legt Wert auf Subsidiarität und Bürokratieabbau

CDU/CSU legen richtigerweise Wert auf Subsidiarität und räumen der Entlastung von Bürgern und Unternehmen durch Bürokratieabbau erfreulicherweise einen besonderen Stellenwert ein. Ein Europäischer Normenkontrollrat soll eingeführt werden und für sinnvolle Regulierung statt mehr Bürokratie sorgen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Die EU-Mitgliedstaaten entscheiden auch in Zukunft, was Europa macht und welche Aufgaben national geregelt bleiben. Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn dies zu einem echten Mehrwert führt und eine untere sie nicht ebenso oder gar besser erledigen kann.	Zustimmung
Entlastung von Bürgern und Unternehmen und dem Abbau der Bürokratie einen besonderen Stellenwert einräumen	Zustimmung
Diskontinuität einführen	Zustimmung
Unabhängigen Europäischen Normenkontrollrat einführen	Zustimmung
Bei Verletzung der Prinzipien „Subsidiarität“ und „Verhältnismäßigkeit“ soll die Möglichkeit der Rüge künftig einfacher werden.	Zustimmung
In der nationalen Umsetzung 1:1-Umsetzung für weniger Bürokratie	Zustimmung

3 Stabiles Europa

CDU und CSU setzen auf eine zukunftsorientierte Stabilitätspolitik

Die Union setzt auf die richtigen Maßnahmen, um ein stabiles Europa zu erreichen: Sie betont die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten, will stärker gegen defizitäre Haushaltspolitik in einzelnen Ländern der EU vorgehen und gleichzeitig den ESM sowie die Banken- und Kapitalmarktunion stabilitätsorientiert weiterentwickeln.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Soviell Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten wie möglich – kein europäischer Finanzminister; EU finanziell sinnvoll ausstatten, Mittel für Zukunftsaufgaben / europäischen Mehrwert einsetzen, entbehrliche Aufgaben streichen	Zustimmung – orientiert am Subsidiaritätsprinzip
Haftung und Verantwortung in einer Hand – Schulden / Risiken nicht vergemeinschaften; Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken, mehr Sanktionsmöglichkeiten schaffen; Insolvenzordnung für Euro-Staaten	Zustimmung – Risiken werden so beherrschbar gehalten. Wenn die Gemeinschaft Risiken absichert, gehören dazu Auflagen
Banken- und Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln, bestehende Risiken im Bankensystem zwingend reduzieren; Staatsanleihen bei Banken mit Eigenkapital unterlegen; keine Bankenrettungen aus Steuermitteln; Erhalt des deutschen Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken, Genossenschaftsbanken	Zustimmung – das sind für die Stabilität des Banken- und Finanzmarktes wesentliche Bausteine.
Unabhängigkeit der EZB im Rahmen ihres Mandats. Geld- und Finanzpolitik strikt trennen. Staatsfinanzierung ist nicht Aufgabe der EZB. Keine Abschaffung des Bargelds.	Zustimmung. Allerdings kann das Bargeld auslaufen, wenn die Menschen es nicht mehr wollen.
Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zum Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln	Zustimmung, bei Festhalten an auflagenbewehrter Sicherung

Nationale Wirtschaftspolitiken besser aufeinander abstimmen. Länderspezifische Empfehlungen sollen vor allem auf Strukturreformen zielen, Strukturfonds vor allem zielgenaue Reformprozesse, Innovationen und die Wirtschaftskraft unterstützen.

4 Den Binnenmarkt vollenden

CDU und CSU verfolgen einen fortschrittsfreundlichen und chancenorientierten Ansatz

Das Programm steht grundsätzlich für eine chancenorientierte Sicht auf neue Technologien. Investitionen in technologische Schlüsselbereiche und eine bessere Start-Up-Finanzierung stehen im Fokus. Die konkreten Ideen für eine Stärkung des Binnenmarkts in diesen Bereichen bleiben allerdings eher vage. Positiv ist auch, dass CDU/CSU in Europa beim Thema „Mobilität“ einen technologieoffenen Ansatz verfolgen und einen nachhaltigen Ausbau des Verkehrsnetzes fordern.

Vorhaben

vbw Bewertung

Digitalisierung

Wir wollen Maßnahmen ergreifen, die Unternehmen im digitalen Bereich vor Spionage, Sabotage und Cybercrime schützen.

In erster Linie sollten die Unternehmen dazu befähigt werden, sich selbst vor Angriffen zu schützen, während staatliche Stellen aufgefordert sind, eigene Infrastrukturen zu sichern und den notwendigen Schutz kritischer Infrastrukturen zu gewährleisten.

Mit einem Flagshipprogramm Quantentechnologie sollen leistungsfähigere Computer, abhör- und manipulationssichere Datenkommunikation und ultrapräzise Messgeräte entwickelt werden.

Die Bedeutung der Quantentechnologie wird zu Recht gesehen. Es bleibt allerdings unklar, welche Maßnahmen genau zur Förderung ergriffen werden sollen. Angesichts der bestehenden Kompetenzen am Standort Bayern wäre außerdem zu überprüfen, wo ein europäisches Projekt eine sinnvolle Ergänzung darstellt; jedenfalls muss die führende deutsche / bayerische Rolle und die Vewertung der Erkenntnisse am Standort sichergestellt sein.

Wir sind bereit, Zukunftsprojekte der europäischen Raumfahrt anzugehen und wollen als Europäer auch auf dem Mond vertreten sein.

Zu Recht wird die Bedeutung von Galileo betont. Ziel sollte allerdings nicht die bemannte Raumfahrt sein, sondern die Nutzung der aus dem Satelliten-Einsatz gewonnenen Erkenntnisse.

Den Binnenmarkt vollenden

Wir wollen mit strategischer Förderung von Zukunftstechnologien digitale Weltmarktführer der Zukunft entstehen lassen. Dazu setzen wir auf ein Innovationsbudget, die Unterstützung von Start-Ups durch einen Zukunftsfonds und die Finanzierung durch leistungsfähige europäische Banken im Binnenmarkt. (...) Daher arbeiten wir an einem europäischen Mobilfunknetz 5G und einheitlichen IT-Datenstandards für Computer und alle Arten von digitalen Geräten.	Zustimmung
<hr/>	
Zur anstehenden Überarbeitung der Datenschutzgrundverordnung soll auf EU-Ebene ein Innovations-Board eingerichtet werden, um die Grundverordnung innovationsoffen, zukunftsweisend und gerade für Mittelstand, Gründer und Ehrenamtler anwendungsfreundlicher zu gestalten.	Zustimmung
<hr/>	
Wir brauchen eine europäische Digitalplattform für smarte Anwendungen und Künstliche Intelligenz.	Das Ziel ist sinnvoll, eine solche Plattform muss sich aber aus dem Markt heraus entwickeln.

Mobilität

Die europäische Automobilindustrie soll die Technologieführerschaft bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, beim autonomen und elektrischen Fahren behalten. Deshalb brauchen wir eigene Kompetenz und Kapazitäten bei der Batteriezellenfertigung.	Zustimmung. Darüber hinaus sind weitere Rahmenbedingungen erforderlich, die es den Unternehmen ermöglichen, den durch die überambitionierten EU-Vorgaben beschleunigten Transformationsprozess zu bewältigen.
<hr/>	
Neue Formen der Mobilität wie einen europäischen Hyperloop vorantreiben	Zustimmung, solange Technologieoffenheit gewahrt wird.
<hr/>	
Bei der Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen wird für einen technologieoffenen Ansatz plädiert, der geeignete Rahmenbedingungen für innovative Forschung setzt. Dazu zählt auch die Entwicklung des sauberen Verbrennungsmotors. Die ideologische Ablehnung des Diesels kommt für CDU/CSU nicht in Frage.	Zustimmung

Nachhaltiger Ausbau von Straßen und Schienen sowie leistungsfähiger Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen; engere Verknüpfung der unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze in Europa

Zustimmung

Umweltpolitik

Erhalt der Artenvielfalt

Dem Anliegen, die Artenvielfalt zu erhalten, ist zwar zuzustimmen, doch dem freiwilligen, flexiblen und kooperativen Naturschutz ist Vorrang einzuräumen. Die EU muss Modelle wie „Natur auf Zeit / Wanderbiotope“ ermöglichen, ohne die (Wieder-)Aufnahme einer zulässigen Nutzung zu gefährden.

Der Plastikflut in den Weltmeeren und dem Eintrag von Mikro- und Nanoplastik wollen CDU/CSU ein Ende setzen. Dazu sollen eine europaweite Strategie zur Vermeidung von Plastik aufgelegt und internationale Abkommen zur Plastikvermeidung abgeschlossen werden.

Kunststoffe leisten einen wichtigen Beitrag zu Energie- und Materialeinsparungen. Voraussetzungen für einen Ausbau der europaweiten Kreislaufführung von Kunststoffen sind flächendeckend etablierte Strukturen für die möglichst sortenreine Abfallsammlung, -sortierung und -verwertung. Dabei gibt es in vielen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Verbesserungspotenziale. Der einheitliche Vollzug des bestehenden EU-Rechts zur Kreislaufwirtschaft muss sichergestellt werden, um ein gemeinsames Niveau für einen fairen Wettbewerb bei der Behandlung von Kunststoffabfällen zu erreichen und um hochwertige Recyclingmaterialien erzeugen und vermarkten zu können.

5 Arbeit und Soziales

Begrenzung der sozialpolitischen Kompetenzen der EU auf Grundstandards ist zu begrüßen

Die Beschränkung der EU-Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik auf die Festlegung von Grundstandards ist zu begrüßen. Die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme soll damit weiterhin Sache der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Auch das Vorhaben, bestehende Struktur- und Investitionsfonds gezielter als bisher zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu nutzen, ist richtig. CDU und CSU richten ihre EU-Sozialpolitik somit klar an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft aus.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Die Mitgliedstaaten bleiben weiterhin für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich. Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht aufheben, aushebeln oder unterlaufen. Europa konzentriert sich auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards.	Zustimmung
Verbesserung der Mobilität von Arbeitnehmern in der EU, möglichst unbürokratische Gestaltung und bessere Koordinierung	Zustimmung: Wichtig ist hier vor allem die Vereinheitlichung auf europäischer Ebene (Meldepflichten etc.).
Freizügigkeit in Europa darf nicht zum Missbrauch der Sozialsysteme einzelner Mitgliedstaaten führen	Zustimmung
In der gesamten Europäischen Union sollen die Lebensverhältnisse weiter angeglichen werden. Struktur- und Investitionsfonds sollen zukünftig noch stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen.	Zustimmung

Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen

Eine Beschränkung auf die absolut notwendigen Mindeststandards ist zu begrüßen. Zu beachten ist aber: Die Digitalisierung ist eine Chance für alle. Sie zu nutzen liegt im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ein moderner Rechtsrahmen muss dazu gesetzliche Spielräume schaffen – auch mit Blick auf neue digitale Geschäftsfelder. Zusätzliche Möglichkeiten, die Arbeit flexibler zu gestalten, erfordern auch eine höhere Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer. Die Grenze zwischen der Schutzpflicht des Staates und der Selbstverantwortung der Arbeitnehmer muss daher im Interesse der Flexibilisierung neu gezogen werden. Ohne diese Anpassungen des Rechtsrahmens werden Teile unserer arbeitsrechtlichen Ordnung von der betrieblichen Realität überholt oder künftig die Tätigkeiten dort erfolgen, wo bereits ein entsprechender Rechtsrahmen besteht.

6 Energie und Klimapolitik

Union verfolgt beim Klimaschutz richtige Ansätze

CDU/CSU haben erkannt, dass die EU beim Klimaschutz nicht durch planwirtschaftliche Zielvorgaben und Maßnahmen erfolgreich sein wird. Europa kann in der Welt nur dann beim Klimaschutz Vorbild sein, wenn es ihn mit Hilfe intelligenter, marktgetriebener Lösungen wirtschafts- und sozialverträglich gestaltet. Dazu gehört auch, dass klimafreundliche Technologien gezielt erforscht und gefördert werden. Die überambitionierten Klimaschutzziele werden allerdings nicht hinterfragt. Zu Recht fordern die Unionsparteien eine Stärkung des europäischen Energiebinnenmarkts. Die Variabilität bei den Erzeugungsarten in Europa erzeugt zusätzliche Flexibilität, die wir bei der Energiewende dringend brauchen. Hierzu sind aber auch leistungsfähige überregionale Stromnetze erforderlich.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Globale Bepreisung von Treibhausgasemissionen, notfalls zunächst auf G20-Ebene	Zustimmung, wenn im Gegenzug eine Überarbeitung des deutschen Systems an Steuern, Umlagen und Abgaben stattfindet. Es darf keine Zusatzbelastungen für die deutschen Unternehmen geben.
Förderungen von Innovationen im Bereich Klimaschutz	Zustimmung
Europaweiter Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu stärkere Vernetzung des europäischen Energiemarkts, insbesondere eine bessere Vernetzung des europäischen Verbundnetzes, und Innovationsförderung	Zustimmung
Keine einseitigen Abhängigkeiten bei der Erdgasversorgung.	Zustimmung

7 Steuerpolitik

CDU und CSU verfolgen in der Steuerpolitik grundsätzlich den richtigen Kurs

Mit der angestrebten gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer setzen CDU und CSU einen für den Binnenmarkt sehr wichtigen steuerpolitischen Akzent. Zu begrüßen ist auch das Ziel, die Besteuerung digitaler Unternehmen international abgestimmt weiterzuentwickeln. In die richtige Richtung geht auch die Absicht, im Beihilferecht unangemessene Eingriffe in nationales Steuerrecht und damit Rechtsunsicherheiten zurückzudrängen. Unverständlich ist, dass CDU und CSU an der Finanztransaktionsteuer festhalten.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in der EU unter Berücksichtigung von Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden	Zustimmung – mittels Konsolidierung sollten dann auch noch grenzüberschreitende Investitionen erleichtert werden
Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft in der EU und international – Einsatz für eine abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte	Möglicherweise verträglich, sofern Sonderlasten für digitale Unternehmen unterbleiben, Bürokratie beherrschbar und die Besteuerung am Ort der Wertschöpfung maßgeblich ist
Rechtssicherheit durch Modernisierung des Beihilferechts	Zustimmung
Weitere Eindämmung des Steuerbetrugs und Schließung von Steuerschlupflöchern	Zustimmung, verbunden mit den Anliegen, das rechte Maß zu halten und bisherige Maßnahmen gegen Steuergestaltung und Steuervermeidung zu evaluieren
Finanztransaktionsteuer im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz	Ablehnung wegen Belastung der Absicherung von Währungsrisiken, von Aktiengesellschaften und der Altersvorsorge, Steuerlast-Erhöhung und Lastenumverteilung in der EU

8 Industrie stärken

Die wirtschaftspolitischen Forderungen sind geeignet, die Industrie in der EU zu stärken

CDU und CSU sprechen in ihrem Wahlprogramm nicht explizit von Industriepolitik. Sie bauen auf die freiheitliche Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft und sprechen sich klar für offene Märkte und freien Handel aus. Auch andere wirtschaftspolitische Forderungen zielen darauf ab, die Industrie in der EU zu stärken – insbesondere die beabsichtigte Förderung von Technologien und Innovationen. Allerdings nennen die Unionsparteien meist nicht, wie die Forderungen konkret ausgestaltet sein sollen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
„Gute“ wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, vor allem niedrige Agaben, weniger Bürokratie sowie mehr Unterstützung von Forschung und Entwicklung.	Zustimmung. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Standortbedingungen, die eine rentable industrielle Wertschöpfung in Europa ermöglichen und die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Industrie sind.
EU-Wettbewerbspolitik muss in Schlüsselbereichen das Entstehen von europäischen Weltmarktführern ermöglichen.	Zustimmung. Im Rahmen einer EU-Kartellrechtsreform muss eine Neudefinition des relevanten Markts berücksichtigt werden. Die Beschränkung auf den europäischen Markt birgt die Gefahr, dass Unternehmenszusammenschlüsse verhindert werden, die notwendig sind, um auf dem Weltmarkt zu bestehen.
Sicherung und Aufbau neuer Schlüsseltechnologien; unter anderem Batteriezellenfertigung, damit die europäische Automobilindustrie die Technologieführerschaft beim autonomen und elektrischen Fahren behält	Für eine erfolgreiche und starke europäische Industrie sind Kompetenzen in den Schlüsseltechnologien unerlässlich. Die Festlegung der Schlüsseltechnologien muss aber gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft erfolgen. Die spezielle Erwähnung der Automobilindustrie ist auf Grund ihrer Bedeutung absolut richtig, allerdings muss Technologieoffenheit bestehen. Die konkrete Ausgestaltung der Förderung von Schlüsseltechnologien fehlt allerdings.
Strategische Förderung von Zukunftstechnologien durch ein Innovationsbudget, die Unterstützung von Start-Ups durch einen	Zustimmung, der Erfolg hängt allerdings von der konkreten Ausgestaltung ab.

Zukunftsfonds, europäische Plattformen zur
Verarbeitung von Daten, Digitalplattform für
KI und smarte Anwendungen

9 Internationale Handelspolitik

Die vbw begrüßt die handelspolitischen Vorstellungen der Union

CDU/CSU sehen Globalisierung und Freihandel richtigerweise als Wegbereiter für zusätzliche Absatzmärkte für europäische Produkte sowie die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Protektionismus und Abschottung werden abgelehnt. Stattdessen wollen sie, dass auf Grundlage der WTO-Regelungen effektive Partnerschaften auf Augenhöhe geschlossen und internationale Handelshemmnisse abgebaut werden. Verhandelte Abkommen sollen umgesetzt und weitere Handelsabkommen, beispielsweise mit den USA, geschlossen werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ablehnung von Protektionismus und Abschottung	Zustimmung; protektionistische Maßnahmen wie Schutzzölle behindern den freien Handel und führen zu Wohlstandsverlusten.
Neue Verhandlungsrunde in der WTO zum weiteren Abbau von internationalen Handelshemmnissen	Zustimmung; wir brauchen eine Stärkung der WTO, um den regelbasierten fairen internationalen Handel wieder auf feste Beine zu stellen.
Neue Handelsabkommen mit den USA, Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten	Zustimmung; insbesondere im Fall der USA würde ein Freihandelsabkommen den Handelsstreit beenden und die Wirtschaftsbeziehungen auf eine berechenbare Grundlage stellen.
Umsetzung fertig verhandelter Abkommen mit Japan, Kanada und Singapur	Zustimmung; die verhandelten Abkommen mit Japan, Kanada und Singapur sind modern und transparent gestaltet, bieten europäischen Unternehmen zusätzliche Absatzchancen und europäischen Konsumenten ein erweitertes Konsumangebot.

10 Migration

Der Großteil der Vorhaben der Union deckt sich mit den Forderungen der vbw

Die von CDU/CSU vorgeschlagenen Maßnahmen sind auf die Einigung der Europäischen Union auf ein einheitliches und gemeinsames Asylsystem ausgelegt. Dabei decken sich die einzelnen Vorhaben wie der Ausbau von Frontex, ein einheitliches und schnelles Asylverfahren und der Kampf gegen illegale Migration mit der Haltung der vbw. Besonders die geplanten gemeinsamen Standards für die Anerkennung von Asyl und die Aufnahmebedingungen sind zu befürworten, um z. B. das Weiterreisen innerhalb der EU einzudämmen. Mehr Details zur konkreten Umsetzung der Forderungen der Union wären allerdings wünschenswert.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Europäische Transitzentren zur Prüfung und Entscheidung, ob jemand schutzbedürftig ist	Positiv zu bewerten
Ergänzende regionale Aufnahmezentren in Nordafrika	Grundsätzlich positiv zu bewerten, Details sind wünschenswert
Einheitliches und schnelles Asylverfahren mit einmaliger Asylantragsstellung in der EU	Zu begrüßen
Gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl und EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen	Zu begrüßen
Verfahren für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten in ganz Europa beschleunigen	Positiv zu bewerten
Migrationsmonitoring einführen	Zu begrüßen
Kampf gegen illegale Migration	Zu begrüßen
Ausbau Frontex zu einer operativen Grenzpolizei	Zu begrüßen
Europäisches Ein- und Ausreiseregister	Positiv zu bewerten
Temporäre Binnengrenzkontrollen solange der EU-Außengrenzschutz nicht gewährleistet wird	EU-Außengrenzschutz stärken, um Binnengrenzen wieder zu öffnen und auf Dauer offen halten zu können

11 Bildung

Vorhaben der Union bei Aus- und Weiterbildung sowie Hochschule sind grundsätzlich zu begrüßen

Die CDU / CSU hat sich ein Europa zum Ziel gesetzt, das „Zukunftschancen schafft“. Das vorgelegte Programm deckt sich in der Grundausrichtung mit den Positionen der vbw. Besonders zu begrüßen ist, dass sich die Union zur Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und zur europaweiten Anerkennung von Bildungsabschlüssen bekennt und die deutsche Berufsausbildung in anderen Mitgliedstaaten etablieren will. Leider bleibt die Union bei der Frage, wie sie ihre grundsätzlich richtigen bildungspolitischen Vorschläge umsetzen will, recht vage.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ausbildung	
Größerer Stellenwert des Erlernens von Fremdsprachen im Beruf	Zu begrüßen
Mittel für Erasmus+ für Auszubildende erhöhen	Zu begrüßen
Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiativen für junge Menschen fortführen	Ablehnung. Grundsätzlich ist das Ziel zu begrüßen, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Eine verordnete Ausbildungsgarantie ginge aber an der betrieblichen Realität und jener der Jugendlichen vorbei. Wesentliche Voraussetzung ist ein Matching von Ausbildungs- und Arbeitsmarktbedarf sowie den Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen. Andernfalls ist die Perspektive nur eine scheinbare. Entscheidend sind effektive Systeme der Beratung und Vermittlung.
Etablierung der dualen Berufsausbildung in anderen Mitgliedstaaten	Zustimmung
Europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Zustimmung

Bildung

Weiterbildung

Förderung von lebensbegleitendem Lernen, Weiterbildung und beruflicher Fortbildung	Zu begrüßen, ist aber zu konkretisieren
--	---

Europäisches Bildungsangebot auch für ältere Menschen	Forderung, Möglichkeiten auch für Ältere auszubauen, liegt ganz auf unserer Linie
---	---

Europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Zu begrüßen
---	-------------

Größerer Stellenwert des Erlernens von Fremdsprachen im Beruf	Zu begrüßen
---	-------------

Hochschule

Mittel für Erasmus+ erhöhen	Zu begrüßen
-----------------------------	-------------

Bildung Europäischer Hochschul-Netzwerke	Zu begrüßen
--	-------------

Förderung von exzellenten Europäischen Universitäten	Grundsätzlich zu begrüßen
--	---------------------------

Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Zu begrüßen
---	-------------

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern * verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2019